



Cornelia Koppetsch

Die Gesellschaft des Zorns

Rechtspopulismus im globalen Zeitalter

19,99 €, 283 S., Bielefeld 2019

transcript Verlag

ISBN 978-3-8376-4838-6

In diesem als Sachbuch des Monats ausgezeichneten Band der Soziologin Kornelia Koppetsch, die an der TU Darmstadt lehrt, wird der Versuch unternommen, den Aufstieg populistischer und neonationalistischer Rechtsparteien unter Zuhilfenahme sozialwissenschaftlicher Ansätze zu erklären.

Die zentrale These des Buches lautet, „dass der Aufstieg der Rechtsparteien eine aus unterschiedlichen Quellen gespeiste Konterrevolution gegen die Folgen der (...) Globalisierungs- und Transnationalisierungsprozesse darstellt“ (S. 23). Weder Flüchtlingskrise noch Dummheit oder Armut sind nach Koppetsch schuld am Aufstieg der Rechten, sondern das Abstiegsgefühl von Teilen der bildungsbürgerlichen Eliten. Die Autorin spricht von einem „Epochenbruch“ (S. 25), der mit Verwerfungen einhergeht und auf den der Rechtsnationalismus mit einem emotionalen Reflex reagiert, der sich in drei Dimensionen konkretisiert: Re-Nationalisierung, Re-Souveränität und Re-Vergemeinschaftung. Die erste Dimension zielt gegen eine fortschreitende Globalisierung und gegen Transnationalisierungsprozesse. Im Blick auf Wiedergewinnung von „Souveränität“ geht es um ehemals privilegierte, die „durch den Aufstieg des Kulturkosmopolitismus an den Rand gedrängt worden sind“ (S. 25). Und schließlich zielt eine Re-Vergemeinschaftung gegen individualistische Markt- und Selbstverwirklichungskulturen, wobei „das Volk“ als Hort exklusiver Zusammengehörigkeit gestärkt und gegen nicht Dazugehörige verteidigt werden soll.

Diese zentrale These wird in acht Kapiteln entfaltet. Im ersten Kapitel wird der Rechtspopulismus als gesellschaftliche Protestbewegung beschrieben, mit Betonung der „unhintergehbaren Bindungen an die Familie, die Gemeinschaft und die Nation“ (S. 46). Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit geschichtlichen Entwicklungen hin zu einer globalen Moderne, der Neuordnung des politischen Raumes, insbesondere den globalen Transformationen seit 1989 und der Konfliktlinie national versus postnational. „Migration, Digitalisierung, Finanzmärkte und Freihandel stellen grenzüberschreitende Herausforderungen dar, denen nicht im nationalstaatlichen Rahmen, weder mit einer graduellen Politik von Gesetzesreformen noch mit Abschottung beizukommen ist.“ (S. 72) Einer „Kultur der Öffnung“ steht eine „Kultur der Schließung“ gegenüber (vgl. S. 77).

Im dritten Kapitel werden anhand einer Analyse der Wählerschaft der rechten Parteien erkennbare neue Trennlinien beschrieben, so etwa in den ökonomischen und kulturellen Motiven für den Aufstieg der AfD, einer „Transnationalisierung des Sozialraums“ und der Herausbildung globaler Märkte, die Nation und Heimat verflüssige. Dies führe zur „Spaltung unserer Gesellschaft in kosmopolitische und konservative Milieus“ (S. 123) und zu damit verbundenen Herrschaftskonflikten: Konservative stehen gegen Kosmopoliten.

Im fünften Kapitel geht es um die Mobilisierung von Gefühlen und Emotionen durch den Rechtspopulismus und der

damit verbundenen Trennung in „Wir“ und „Sie“. Im sechsten Kapitel wird eine Dialektik der Globalisierung beschrieben und die Rolle der Globalisierung im Zusammenhang mit dem Aufstieg der rechten Parteien untersucht. „Solidarität“ als Grundvoraussetzung für das Funktionieren von Gesellschaften wird im rechten Gedankengut mit der Nation als elementarem Bezugsrahmen verbunden. Das siebte Kapitel nimmt auf der Grundlage der Zivilisationstheorie von Norbert Elias die Frage nach einer neuen Bürgerlichkeit und die illiberale Gesellschaft in einer historischen Perspektive auf. Und schließlich beschreibt das achte Kapitel alte Privilegien und neue Spaltungen.

Im zusammenfassenden Schlussteil weist die Autorin noch einmal darauf hin, dass es nicht möglich ist, den Emotionen und Ängsten der Anhänger des Rechtspopulismus allein mit „Aufklärung“ zu begegnen (vgl. S. 258), sondern dass es darum gehe, Zukunftspolitik zu betreiben, die auch die Ängste von Bürgerinnen und Bürgern aufnehme.

Das Buch bietet den Versuch einer umfassenden Erklärung für den Aufstieg der neuen rechten Parteien in Europa. Eine Trennlinie wird konstatiert auf der Grundlage globaler gesellschaftlicher Transformationsprozesse: zwischen einer „Kultur der Öffnung“ und einer „Kultur der Schließung“ (S. 77). Auffällig ist die mehrfach von Koppetsch wiederholte Kritik am postindustriellen, kosmopolitischen Bürgertum, das sich bei einer „Kultur der Öffnung“ verortet und nach Koppetsch einer den rechtspopulistischen Parteien ähnlichen Ausgrenzungslogik folgen würde. Dabei wird der „kosmopolitische Habitus“ von der Autorin als grobkörnig und weitgehend negativ dargestellt und Kosmopoliten werden als solche bezeichnet, die sich selbst „im Besitz der einzigen richtigen Wertmaßstäbe und Wahrheiten sehen“ (S. 122).

Problematisch erscheint diese Kritik, wenn Rechtspopulisten und Kosmopoliten eine ebenbürtige und gleichförmige Form des Ausschlusses zugeschrieben wird. Kann ein Ausschluss auf Grundlage einer Ablehnung fremdenfeindlicher Motive wirklich gleichgesetzt werden mit Formen des „otherings“, welche „den Fremden“ pauschal feindlich begegnen? Eine solche Überzeichnung im Blick auf Ausgrenzungsmechanismen „der Kosmopoliten“ gegenüber „den Rechten“ birgt die Gefahr, dass deren Thesen wissenschaftlich legitimiert werden. Es bleibt in der Argumentation des Buches auch unklar, ob die behauptete Hegemonie „der (Kultur-)Kosmopoliten“ überhaupt existiert.

Insgesamt bietet das Buch aber eine interessante Lektüre, auch für den Bereich der Erwachsenenbildung. Die im Rahmen der Nominierung des Bandes für den Bayerischen Buchpreis angeführten Plagiatsvorwürfe werden derzeit noch geprüft. Sie relativieren die fundierte Argumentation m. E. keineswegs, auch wenn korrekte Zitierweisen berechtigterweise eingefordert werden. Koppetsch bietet vielfältige Grundlagen für die Beschäftigung mit rechtspopulistischen Entwicklungen, auch weil es an einigen Stellen Widerspruch hervorruft. So ist m. E. zunehmend fraglich, ob Verknüpfungen von extremer Rechte und der AfD in Deutschland als marginal bezeichnet werden können. Mit Blick auf aktuelle Entwicklungen innerhalb der AfD (bspw. das kontinuierliche Erstarren des „Flügels“) ist diese Sicht durchaus zu problematisieren.

Dr. Peter Schreiner

Comenius-Institut, Münster
schreiner@comenius.de